

AKTUELL

WOHNUNGSMANGEL

Kick it off

Richard Graf

„Soziale Wohnungsbau an der Zukunft“ war das Thema eines Rundtischgesprächs, zu dem der Wohnungsbauminister am Mittwoch nach Steinsel geladen hatte.

Kommt die Regierung in Sachen Wohnungsnot endlich in die Gänge? Eine eindeutige Antwort lässt sich nach der Table ronde nicht geben. Die von Hansen als „Kickoff Meeting“ bezeichnete Veranstaltung sollte den AkteurInnen im Bereich sozialer Wohnungsbau oder Wohnungshilfe die Gelegenheit bieten, vorzutragen, wo sie der Schuh drückt. Der Minister wollte nur brav zuhören und sich zumindest zu diesem Zeitpunkt jeder politischen Kommentierung enthalten.

Das klingt nobel, doch zeugt es auch von einer gewissen Perspektivlosigkeit der Politik. Denn was Hansen zu hören bekam, ist allgemein bekannt: Die Wohnungsnot beschränkt sich nicht mehr auf diejenigen, die einen gesetzlichen Anspruch auf eine der viel zu wenigen subventionierten Sozialwohnungen haben. Sie hat längst auch „normal“ verdienende BürgerInnen erreicht - allen voran Alleinstehende und Alleinerziehende.

Fünf Jahre Wartezeit

Robert Urbé von der Caritas wagte eine groben Überschlag: Mindestens 16.000 Sozialwohnungen fehlen im Vergleich mit dem Ausland. Die für die nächsten Jahren geplanten Einheiten reichen nicht einmal aus, den zu erwartenden Bedarfszuwachs zu decken. Der Fehlbestand wird also wohl noch zunehmen. Und im selben Maße werden es auch die Wartezeiten - eine Vertreterin der SNHBM sprach von derzeit fünf Jahren.

Hansen stellte ebenfalls die Frage nach einer Reform der Gesetzgebung im sozialen Wohnungsbau. Dass das bestehende Gesetz überarbeitet werden muss, ist nicht erst seit dieser „ersten Diskussionsrunde dieser Art“ allen bewusst. Die erforderliche Höhe der Eigenleistung von potenziellen Mietern wird in einer komplizierten Berechnung aus dem Einkommen der Haushalte und ihrer Zusammensetzung ermittelt. Ändert sich die Finanzlage des Haushalts oder seine Zusammensetzung, so steigt bzw. fällt auch die Miete. Der erwünschte Effekt, dass Mieter, deren Lage sich nach einiger Zeit gebessert hat, sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine



eventuell günstigere Wohnung besorgen, tritt aber immer seltener ein.

Nicht ganz so einstimmig war die Feststellung, sozialer Wohnungsbau könne eigentlich nur Mietwohnungen umfassen, weil es darum gehe, eine möglichst große Anzahl von Wohnungen in öffentlicher Hand zu halten. Einmütiger war die Einschätzung, dass es neben Sozialwohnungen vor allem auch an bezahlbaren Wohnungen auf dem freien Markt fehlt. Immerhin: bei einigen privaten Promotoren scheint es ein Umdenken zu geben. Immer öfter werden Wohnungen mit weniger großen Wohnzimmern, dafür aber mit mehreren Kinderzimmern bei gleicher Fläche angeboten.

Handwerkliche Fehler - auch in neueren Regelungen - behindern nicht selten die Verbesserung der Situation. So wird der Ende 2015 eingeführte Mitzuschuss nur gewährt, wenn ein direktes Mietverhältnis mit einem privaten Wohnungsanbieter vorliegt. In manchen Fällen wird der Wohnraum aber von den Sozialträgern angemietet - für ihre KlientInnen, die keine ausreichende Bonität besitzen. Denen wird dann, obwohl sie die Miete zur Gänze selbst bezahlen, der Mitzuschuss verweigert!

Als soziale Falle entpuppen sich auch die von verschiedenen Trägerorganisationen „betreuten“ Sozialwohnungsprogramme. Sie sollen Haushalten, die sich in Schwierigkeiten befinden, eine Art Überbrückung bieten, damit sie irgendwann im freien oder im sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft unterkommen. Solche Programme sind in der Regel auf drei Jahre begrenzt. So führt die angebotene Hilfe oft ganz schnell zu Stress, da der erzwungene Wohnungswechsel mangels entsprechender Wohnungen ins Ungewisse führt.

Der Minister plant weitere Beratungen auch mit Architekten und Baupromotoren. Und im Jahre 2017 wird es sechs regionale Veranstaltungen geben, bei denen die Betroffenen direkt angesprochen werden sollen. Hansen sollte allerdings vor allem mit dem Finanzminister Rücksprache halten, denn die 210 Millionen Euro, die ihm für 2017 zur Verfügung stehen, reichen hinten und vorne nicht, um die Lösung des eigentlichen Problems, des Wohnungsmangels, in Angriff zu nehmen.

SHORT NEWS

Von der Affäre Lunghi/Schram zur Affäre Bettel/RTL

(rg) - Anders als beim literarischen Vorbild Katharina Blum ist die Affäre Lunghi/Schram bislang ohne Todesopfer abgelaufen. Sogar die mutmaßlichen „coups et blessures volontaires“ (dixit Maître Urbany) scheinen sich in Luft aufzulösen, der entsprechende Vergleich mit den Zuständen in der Türkei auf immer ins Video-Archiv von RTL verbannt zu sein. Doch inzwischen mutiert das Ganze zu einer Affäre Bettel/RTL, wobei das fragwürdig zusammenmontierte Interview, das Bettel dazu veranlasste ein Disziplinarverfahren gegen Lunghi anzustrengen, inzwischen wie ein letzter DP-Rettungsanker daher kommt, Bettel als Opfer darzustellen. Dass ein Minister - der zudem Medienminister ist - tatsächlich glaubt, Fernsehbeiträge seien allein schon deshalb wahr, weil zu den Aussagen das Bild gleich mitgeliefert wird, kann ja noch als (entschuldbarer?) Naivität gewertet werden. Jedoch ein Verfahren einzuleiten, ohne sich bei dem davon Betroffenen im Vorfeld eine Erklärung einzuholen, ist, gelinde gesagt, ein politischer Fehler, der eine Entschuldigung - im wahrsten Sinne des Wortes - verlangt. Bettel kann seine Rache ja anschließend beim derzeit mit RTL verhandelten Konzessionsvertrag zur Anwendung bringen, und einen besseren Personalschlüssel für die Luxemburger RTL-Redaktion ausschlagen. Der professionellen Qualität würde es bestimmt keinen Abbruch tun ...

Réforme fiscale : le CTJL s'immisce

(da) - Le collectif Tax Justice Lëtzebuerg (CTJL), fondé à la suite des révélations Luxleaks et qui s'est donné comme objectif de contribuer au débat autour de la fiscalité au Luxembourg, réagit au projet de réforme fiscale du gouvernement - et n'est pas tendre. « Modernisation du système redistributif », tel qu'avancé par la coalition ? « Modifications mineures à la structure existante des prélèvements fiscaux », dit le CTJL. Des modifications qui, de plus, ne mettraient pas en cause « l'orientation générale » du modèle fiscal et ne rendraient pas les recettes « plus résilientes aux chocs extérieurs qui menacent notamment les niches fiscales luxembourgeoises sous pression internationale ». D'ailleurs, explique le collectif, grâce à ces niches fiscales et à d'autres dispositifs - le tourisme à la pompe, par exemple -, « nous bénéficions de recettes qui devraient logiquement se retrouver dans le budget de nos voisins » - chose qui mériterait de plus amples réflexions. De plus, la réforme fiscale telle que prévue ne contribuerait pas à créer une fiscalité plus juste au Luxembourg. « Une des raisons en est certainement que ceux qui profitent le plus de la structure existante n'ont guère intérêt à la remettre en cause », déduit le CTJL.

woxx@home

Verlautbarungskonferenzen

Ein Blick auf den redaktionsinternen Kalender macht deutlich: Mit Ausnahme des Premierministers, der mehr Briefings ausfallen lässt, als er abhält, ist die rot-blau-grüne MinisterInnenschar recht mitteilungsbedürftig. Doch Sinn und Zweck von Pressekonferenzen haben sich noch nicht allen erschlossen: Wenn, wie im Fall Rifkin, zu einem gerade veröffentlichten „revolutionären“ 500-Seiten-Dokument eine Pressekonferenz abgehalten wird, erwarten sich die gestressten JournalistInnen vor allem einen schnellen Überblick über wesentliche Erkenntnisse und die ihnen zugrundeliegenden Hypothesen. Einfach nur noch einmal darzulegen, was mit dem Dokument generell erreicht werden wollte, dazu der Ratschlag, sich das Ganze erst einmal durchzulesen, das macht wenig Sinn. Es sei denn, das Dokument steht der Presse mindestens 24 Stunden vorher zur Verfügung, damit sie sich ein detailliertes Bild machen und so im Vorfeld die wichtigsten Fragen, aber auch Ungereimtheiten, auflisten kann. Doch vielleicht war gerade das im vorliegenden Fall ja auch gar nicht gewollt.